

# U3

**Titel** Für einen sozial-ökologischen Wandel – Braunkohleausstieg schrittweise einleiten!

**AntragstellerInnen** Berlin

**Zur Weiterleitung an**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Für einen sozial-ökologischen Wandel – Braunkohleausstieg schrittweise einleiten!

1 Der durch menschliche Aktivitäten verursachte Klimawandel hat besorgniserregende Folgen für Deutschland  
2 und die Welt. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland sind seit acht Jahren nicht mehr nennenswert gesunken  
3 – dies gilt trotz steigendem Anteil erneuerbarer Energien auch für die Stromerzeugung. Einen großen Anteil  
4 an den Emissionen hat die Verstromung von Braun- und Steinkohle. Diese ist aus verschiedenen Gründen,  
5 insbesondere wegen Versäumnissen bei der Energie- und Klimapolitik, in den letzten Jahren nahezu konstant  
6 geblieben. Deutschland steht kurz davor, seine nationalen Klimaschutzziele für 2020 und 2030 nicht einhalten  
7 können.

8

### 9 **Globale Verantwortung wahrnehmen**

10 Deutschland hat beim Kampf gegen die Klimakrise eine globale Verantwortung. Zu einem, weil es im welt-  
11 weiten Vergleich einen hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf aufweist und damit zu den Hauptverursachern des Kli-  
12 mawandels zählt. Und zum anderen, weil die Bundesrepublik aufgrund ihrer Wirtschaftskraft und ihres tech-  
13 nologischen Knowhows zu den wenigen Industriestaaten gehört, die vom Potential her in der Lage sind, die  
14 Energiewende hin zu einer vollständig regenerativen Erzeugung mit all ihren Elementen in der Erzeugungs- und  
15 Infrastruktur technisch, ökonomisch und sozial ohne unakzeptable Verwerfungen zu vollziehen – und dies in  
16 überschaubarer Zeit. Gelange dieser Übergang noch deutlich vor 2050 und würden die technischen, ökonomi-  
17 schen und sozialen Innovationen auf dem Weg dahin weltweit sichtbar, so wäre dies ein wahrhaft historischer  
18 Beitrag Deutschlands dafür, andere Länder zu ermutigen bzw. überhaupt erst in die Lage zu versetzen, einen  
19 ähnlichen Weg zu gehen. Unter anderem deshalb, weil die Bundesrepublik Technologie-Lernkurven finanziert,  
20 die es auch anderen Staaten ermöglicht, regenerative Erzeugungsanlagen preiswert einzusetzen. Im Kampf ge-  
21 gen die Erderwärmung wurde so die Einhaltung des globalen 2-Grad-Ziels bzw. möglichst des 1,5-Grad-Ziels  
22 des Pariser Abkommens deutlich realistischer.

23

24 Auf den internationalen Klimakonferenzen präsentiert sich Deutschland jedoch zunehmend als ideenloser und  
25 klimapolitisch gelahmter Teilnehmer. Denn mit einer konstant hohen Kohleverstromung und einem zuletzt  
26 wieder steigenden CO<sub>2</sub>-Ausstoß, drohen wir das nationale Klimaziel einer Minderung der Treibhausgasemis-  
27 sionen von minus 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 krachend zu verfehlen. Damit verhält sich Deutschland  
28 unsolidarisch im Kampf für einen konsequenten Klimaschutz. Wenn jetzt nicht entschieden gegengesteuert  
29 wird, gefährdet dies auch den weiteren internationalen Verhandlungsprozess, in dem es jetzt darauf ankommt,  
30 das Klimaschutzabkommen von Paris wirksam auszugestalten. Klar ist dabei, Deutschland muss schrittweise  
31 aus der Kohleverstromung aussteigen, wenn die Umwelt geschützt und die Klimaziele erreicht werden sol-  
32 len. Gerade Braunkohlekraftwerke mit ihren niedrigen Brennstoffkosten sind aktuell so stark ausgelastet wie  
33 seit Jahren nicht mehr. Ein konsequentes Umdenken in der Energiepolitik muss stattfinden und erfordert jetzt  
34 politische Entscheidungen.

35

**36 Schrittweisen Kohleausstieg einleiten**

37 Ein schrittweiser Kohleausstieg muss unverzüglich eingeleitet werden. Damit konnten nicht nur große Emis-  
38 sionsreduktionen zu relativ geringen Kosten erreicht werden, sondern es gabe zudem erhebliche positive Wir-  
39 kungen auf Umwelt und menschliche Gesund-heit, vor allem, weil die Emissionen von Quecksilber, Schwefel-  
40 dioxid, Stickstoffoxiden und Feinstauben reduziert wurden. Eine emissionsarme Stromerzeugung ist darüber  
41 hinaus Voraussetzung für die erfolgreiche De-karbonisierung des Verkehrs und der Warmeversorgung, die im  
42 Zuge einer Sektorkopplung zunehmend strom-basiert sein werden.

43

44 Das Ende der Steinkohle ist absehbar, bis 2018 wird der Abbau in Deutschland beendet. Nicht so bei der Braun-  
45 kohle, derzeit gibt es noch zehn aktive Tagebaue. Braunkohle ist der mit Abstand umweltschadlichste Energie-  
46 trager. Kein anderer Brennstoff verursacht bei der Verbrennung mehr CO<sub>2</sub>, sein Abbau zerstört weiträumig  
47 Natur und Landschaften und vertreibt Menschen aus ihrer Heimat.

48

49 Braunkohle gilt noch immer als „billiger“ Rohstoff – eine Beschreibung, die falscher nicht sein konnte. Die  
50 Folgekosten für Umwelt und Klima werden durch die Strompreise kaum abgebildet. Es gibt in Deutschland  
51 keinen größeren Eingriff in Natur, Landschaft und Gewasserhaushalt als die Tagebaue. Auf bislang mehr als  
52 175.000 Hektar Fläche haben sich Braunkohlebagger in den Untergrund gewühlt und dabei wertvolle Acker-  
53 flächen, Grünland, uralte Walder, Gewässer und Siedlungen zerstört. Werden allein die schon genehmigten  
54 Tagebaue voll ausgeschöpft, wurde rund drei Mal mehr Kohle verbraucht als mit unseren Klimazielen verein-  
55 bar ware.

56

57 Um die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad, möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen, wie in Paris be-  
58 schlossen und von Deutschland völkerrechtlich bindend ratifiziert, muss der vollständige Ausstieg aus der  
59 Kohleverstromung bis spätestens 2030 abgeschlossen sein. Rund 60 Prozent der Braunkohle, deren Abbagge-  
60 rung bereits genehmigt ist, muss im Boden bleiben. Es dürfen keine neuen Tagebaue mehr eröffnet werden.  
61 Derzeit gibt es noch drei große Tagebauregionen: das Lausitzer Revier in den Bundesländern Brandenburg und  
62 Sachsen, das Mitteldeutsche Revier in den Bundesländern Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie das Rheinische  
63 Revier in Nordrhein-Westfalen. Obwohl schon die Braunkohle in den genehmigten Tagebauen größtenteils im  
64 Boden bleiben musste, sind weitere sechs neue Tagebaue in Planung. Durch aktuelle und geplante Tagebaue  
65 drohen rund 8.500 Menschen ihre Heimat zu verlieren. Hinzu kommt: Allein durch Verstromung der Braun-  
66 kohle aus neuen Tagebauen wurden ca. 1,6 Gigatonnen CO<sub>2</sub> emittiert werden – mehr als 15 Prozent aller  
67 Treibhausgasemissionen, die Deutschland im Rahmen des Pariser Abkommens rechnerisch insgesamt noch  
68 zustehen.

69

**70 Ausstieg sozialverträglich und proaktiv gestalten**

71 Wenn die Kohleverstromung zurückgeht, wird re-gional ein Strukturwandel beschleunigt, der auch mit Arbeits-  
72 platzverlusten in den betroffenen Branchen ein-hergeht. Es ist nötig, diesen Wandel sozialvertraglich zu ge-  
73 stalten und durch neue Arbeitsplätze in der Energie-wirtschaft oder anderen Branchen zu kompensieren. Die  
74 Kohleregionen brauchen dafür jetzt Planungssicherheit und Investitionen für den nötigen Strukturwandel – an  
75 einem veralteten Energieträger festzuhalten, wird ihnen nicht weiterhelfen. Betriebsbedingte Kundigungen in-  
76 folge des Kohleausstiegs in den Unternehmenssparten sind in jedem Fall zu verhindern. Dafür sind angesichts  
77 der Altersstruktur der Beschäftigten in der Braunkohlewirtschaft vorrangig Instrumente wie Altersteilzeit oder  
78 Vorruhestand zu nutzen. Mit dem Kohleausstieg verbundene Lücken bei Einkommen oder Altersbezügen für  
79 die Beschäftigten sind angemessen zu schließen. Ferner würde die Beschleunigung des Ausbaus erneuerba-  
80 rer Energien und gezielte Regionalentwicklung Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Für die Braunkohle-  
81 regionen soll hierzu hinaus ein Fonds bereitstehen, welcher jährlich mit mindestens 1 Mrd. Euro ausgestattet  
82 werden soll. Dieser Be-trag entsprache der laufenden jährlichen Steinkohlesubventionen. Mit dem Auslau-  
83 fen des Steinkohlebergbaus und dessen Subventi-onen in 2018 konnte ein Teil dieser Gelder gezielt für die  
84 Strukturentwicklung in den Braunkohlerevieren verwen-det werden. Zentral ist, dass es gemeinsam mit den

85 Arbeitnehmer\*innen entwickelt und beschlos-sen wird. Ziel eines solchen Programmes sollte es sein, die der-  
86 zeitigen Braunkohlereviere nachhaltig weiter-zuentwickeln und somit eine mögliche Deindustrialisie-rung zu  
87 verhindern. Eine aktive Strukturpolitik gezielt für diese Regionen sollte daher von Beginn an parallel zu energie-  
88 wirtschaftlichen Ausstiegsszenarien mitgedacht werden. Bei der Identifizierung und Forderung von möglichen  
89 Forderschwerpunkten in den Kohlerevieren muss hierbei immer einbezogen werden, inwiefern diese mit den  
90 lang-fristigen Klimaschutz-zielen Deutschlands vereinbar sind. So sollten gezielt nachhaltige Zukunftsmärkte,  
91 wie beispielsweise erneuerbare Energien oder Elektromobili-tat, gefordert werden. Mit dem Ausbau vor allem  
92 der Wind- und Solarenergie Arbeitsplätze können ersetzt werden – die Flächenpotenziale für den dafür er-  
93 forderlichen Ausbau reichen in den betroffenen Bundesländern aus. Zudem werden die Energiekonzerne nach  
94 einem Kohleausstieg einen großen Anteil der in den Tagebauen beschäftigten Arbeitnehmer\*innen für die  
95 notwendigen Folgetätigkeiten noch jahrelang benötigen.

96

97 Für das Gelingen des Strukturwandels ist es dementsprechend wichtig, wie dieser Ausbau angegangen wird.  
98 Denn: Je höher die regionale Wertschöpfung, desto mehr Arbeitsplätze in den Braunkohlerevieren. Der Fokus  
99 in der Energiepolitik muss daher verstärkt auf Energiegenoss\*innenschaften gesetzt werden. Mithilfe dieser  
100 demokratisch organisierten, ökologischen und bürger\*inneneigenen Energiegesellschaften kann die sichere  
101 und preisgünstige Versorgung klimafreundlicher Energie in der Zukunft sichergestellt werden. Auch sie und  
102 bereits bestehende, zahlreiche Initiativen von regionalen Unternehmen, welche sinnvolle Anschlussstätigkei-  
103 ten anbieten, beispielsweise in den Bereichen der Erneuerbaren Energien, im Bereich von Ingenieurs- und  
104 Bohrdienstleistungen sowie im Garten- und Landschaftsbau.

105

106 Die unmittelbaren Kosten des Kohleausstiegs dürfen dabei nicht auf dem Rücken der Verbraucher\*innen ab-  
107 geladen werden. Schon jetzt ist aber klar: Wenn die Kohlekraftwerke wegfallen, steigt der Börsenpreis des  
108 Stroms nur leicht, im Mittel um 0,1 bis 0,3 Cent pro Kilowattstunde. Bei den Endverbraucher\*innen kommt  
109 das kaum an, denn ein höherer Börsenstrompreis lässt die EEG-Umlage sinken – die Stromrechnung verän-  
110 dert sich durch den Kohleausstieg nur unwesentlich, das Gewinnkonto der Energieunternehmen, die mit dem  
111 schmutzigen Kohlestrom im Ausland Geld verdienen, allerdings schon. Dennoch müssen Maßnahmen im Fal-  
112 le von Strompreiserhöhungen, die auf den forcierten Kohleausstieg zurückzuführen sind, eingeleitet werden,  
113 um diese für private Stromkunden zu kompensieren.

114

115 Deutschland ist einer der größten Stromexporteure Europas. Versorgungsprobleme stehen in weiter Ferne  
116 und ein flexibles Backup für schwankende Erneuerbare Energien findet sich wohl eher in flexiblen Gaskraft-  
117 werken. Eine schrittweise Schließung der Kohlekraftwerke führt nicht zu Versorgungsengpässen oder einem  
118 steigenden Strompreis, sondern zu der Einhaltung unserer Klimaziele.

119

120 Wir wollen den bundesweiten Kohleausstieg sozial gerecht und nachhaltig angehen. Wir fordern daher:

121 – einen verbindlichen Kohleausstieg bis 2030. Diese umfasst einen schnellen Beginn des Ausstiegs mit  
122 der kurz-fristigen Stilllegung besonders emissionsintensiver Kraftwerke bis 2020, zur Sicherstellung der Ver-  
123 sorgungssicherheit und Abfederung der sozialen Herausforderungen ein vorübergehender Weiterbetrieb  
124 der moderneren Kohlekraftwerke bis 2030 mit begrenzter Auslas-tung, sowie ein sukzessives Abschalten  
125 der letzten Kohlekraft- werke im Verlauf der 2030er -Jahre unter Einhaltung des vorher festgelegten CO2-  
126 Emissionsbudgets.

127 – ein Festschreiben des verbleibenden CO2--Emissionsbudgets in einem Kohleausstiegsgesetz

128 – eine arbeitsmarkt-, wirtschafts- und sozialpolitisch Begleitung des Ausstiegs aus der Braunkohleverstro-  
129 mung wobei insbesondere Interessenvertreter\*innen der Beschäftigten vor Ort und der Region wirksam ein-  
130 zubinden sind. Finanziell ist dieser Prozess durch einen einzurichtenden Strukturwandelfonds auf Bundes-  
131 bzw. EU-Ebene in Höhe von jährlich mindestens einer Milliarde Euro abzusichern. Er wird für die infolge des  
132 Kohleausstiegs vom Strukturwandel betroffenen Beschäftigten und Regionen bereitgestellt.

133 – die Verhinderung betriebsbedingte Kündigungen infolge des Kohleausstiegs in den Unternehmenssparten.

- 134 Dafur sind angesichts der Altersstruktur der Beschäftigten in der Braunkohlewirtschaft vorrangig Instrumente  
135 wie Altersteilzeit oder Vorruhestand zu nutzen. Mit dem Kohleausstieg verbundene Lucken bei Einkommen  
136 oder Altersbezügen für die Beschäftigten sind angemessen zu schließen.
- 137 – keine Stilllegungsprämien für Kraftwerksblöcke.
- 138 – die Finanzierung der Folgekosten der Braunkohleförderung soll durch die Bildung eines aus-  
139 reichend ausgestatteten staatlichen Nachsorgefonds gesichert werden, in den die bisherigen Nachsorge-  
140 Rückstellungen der Tagebaubetreiber sowie eine Förderabgabe auf die Braunkohleförderung einge-  
141 hen.
- 142 – Einleitung von Maßnahmen im Falle von Strompreiserhöhungen, die auf den forcierten Kohleausstieg zu-  
143 rückzuführen sind, um diese für private Stromkunden zu kompensieren.
- 144 – die konsequente Nutzung der durch die Reform des Europäischen Emissionshandels für die 4. Handelsperi-  
145 ode eingeführten Möglichkeit der Mitgliedstaaten, eine bestimmte Menge von Zertifikaten aus ihrem Verstei-  
146 gerungsbudget freiwillig zu löschen, welche etwa durch die Schließung eines Kohlekraftwerkes im Budget frei  
147 geworden sind.
- 148 – den Ausbau der Förderung von Energiegenoss\*innenschaften